

27. 9. 60
Postfach 21831, Bonn



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0835890

2/XV/221 - 27. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zielscheibe Bundesrepublik</u> Prag und Warschau als Vortrupp	51
2 - 3	<u>Kleines Albanien umwirbt chinesischen Goliath</u> Die Motive der Pro-Peking-Linie Tiranas Von Dr. Basil Mathiopoulos	66
4 - 5	<u>Wenn es ernst würde...</u> Die Lehren aus dem NATO-Ostseemanöver	76
6 - 8	<u>Junge SPD-Bürgermeister im Grenzland</u> Müchtig, aufgeschlossen, der Zukunft zugewandt Von Jochen Waldmann	137

* * *
* *

Zielscheibe Bundesrepublik

ler. Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow hat es bisher vermieden, mit allerstärkstem Geschütz gegen die Bundesrepublik aufzufahren. Seine Bemerkungen über Berlin vor den Vereinten Nationen waren zurückhaltend, sein propagandistischer Hauptangriff galt den Vereinigten Staaten und dem Generalsekretär der UNO, Hammarskjöld. Was er unterliess, besorgen nun die Regierungschefs von Polen und der Tschechoslowakei, Gomulka und Nowotny in New York (in Pankow Ulbricht), die zugleich ja auch Generalsekretäre der kommunistischen Parteien ihrer Länder sind. Für sie ist die Bundesrepublik die Wurzel allen Übels, der eigentliche Verantwortliche für die gegenwärtigen Spannungen in der Welt, der Nutzniesser des Kalten Krieges, die Speerspitze des "westlichen Imperialismus", ein Herd von unverbesserlichen Revanchisten und Militaristen, die auf Rache und Vergeltung sinnen, der Nachfolger des Dritten Reiches - es ist ein schauerlich verzerrtes Bild. Aber man täusche sich nicht: auch auf manche, die uns wohlgesonnen sind, bleibt es nicht ohne Wirkung und für jene, die im Deutschen schlechthin das Böse sehen, gilt es als Bestätigung.

Es war sicherlich ein grosser Fehler des offiziellen Bonn, die Formung des Deutschlandbildes in diesen Ostblockländern Pankow zu überlassen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hätte gewiss keine Wunder bewirkt, aber doch vielleicht dazu beigetragen, allzu krasse Vorurteile zu beseitigen. Pankow zieht daraus seinen Nutzen. Die unqualifizierten Anklagen gegen die Bundesrepublik sind nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie kommen von Vertretern von Völkern, die Schreckliches durch das Dritte Reich erleiden mussten und wohl wissen, dass sie damit mächtige Gefühlslagen ansprechen. Das lässt sich in politische Münze umschlagen. Das für uns alle Besorgniserregende ist ja nicht die Beschwörung eines den Frieden bedrohenden wiedererwachten deutschen Militarismus - das gehört ja zum eisernen Bestandteil der kommunistischen Propaganda - sondern die darin enthaltene Stossrichtung. Sie gilt der jungen deutschen Demokratie in der Bundesrepublik. Mit der Zitierung der Bundesrepublik als Nachfolger des Dritten Reiches soll die deutsche Demokratie tödlich getroffen, ihre Unglaubwürdigkeit als verlässlicher Partner im Ringen um eine neue friedenssichernde Völker- und Staatenordnung "bewiesen" und die These erhärtet werden, alle Deutschen, sofern sie nicht im kommunistischen Machtbereich leben, seien geborene Unruhestifter, die drauf und dran sind, Unglück über die Welt zu bringen. Ziel dieser massiven Vorstösse ist die Ausschaltung der Bundesrepublik als ein mitgestaltender Faktor der europäischen Politik.

Die Folgerungen, die sich für die deutsche Demokratie und für die Bundesrepublik aus den von Prag und Warschau vorgetragenen Propagandaaktionen ergeben, liegen auf der Hand. Diesen Angriffen - und grössere sind noch zu erwarten - gilt es mit Ruhe und Besonnenheit zu begegnen. Das ist nicht Angelegenheit einer Partei, das ist die Verpflichtung aller deutschen Demokraten. Der Anschlag gilt uns allen, und er kann um so eher abgeschlagen werden, wenn wir uns alle bemühen, die junge deutsche Demokratie so stark zu machen und zu entwickeln, dass Zweifel an ihrer inneren Festigkeit und Glaubwürdigkeit nicht mehr möglich sind. Dies wird die Schar unserer Freunde, die wir in der Welt haben, vermehren. Dann mag vielleicht auch jene Stunde schlagen, in der das leidgeprüfte polnische und tschechische Volk erkennt, dass es von einer starken deutschen Demokratie, die in ehrlichem Bemühen der Völkerverständigung dient, nichts zu befürchten braucht. Das wird dann ein Gewinn für alle sein.

Kleines Albanien umwirbt chinesischen Goliath

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Der sowjetisch-chinesische ideologische Gegensatz wirft seine Schatten nun auch auf die politische Lage des Balkanraums. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die Befürchtung Albaniens, Moskau könne sich auf Kosten Tiranas um eine Versöhnung mit Jugoslawiens "Revisio-nisten" und eine Entspannung seines Verhältnisses zu Griechenland bemühen.

Die Antwort auf die Frage nach den Motiven dieser Unsicherheit Albaniens ist nach näherem Studium der Entstehungsgeschichte dieses kleinsten Satelliten Moskaus sehr leicht zu finden. Albanien besitzt das Gebiet des Nord-Epirus, das vor den Kriege von einer griechischen Bevölkerungsmehrheit bewohnt war. Daneben erhebt auch Jugoslawien Anspruch auf ehemals eigene Territorien, die heute dem südlichen Nachbarn zugehörig sind. So lange der gesamte kommunistische Block sich zu den Nachbarn Albaniens in einem explosiven Spannungsverhältnis befand, hatte Albanien wenig Grund, um seine nationale Existenz besorgt zu sein. Eine allgemeine Entspannung hingegen könnte gefährliche Folgen mit sich bringen.

Über die in dieser Situation zu verfolgende Taktik kam es innerhalb der vergangenen zwei Monate in der albanischen KP zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf eine Reihe sowjetfreundlicher Elemente aus der Partei ausgeschlossen wurden. Der Wirtschaftsexperte der KP und ehemalige Botschafter Albanians in Moskau, Kotsa Toska, und die Altkommunistin Liri Belissova wurden sämtlicher Parteiämter enthoben und aus der KP entfernt. Aus dieser Krise ist als unumstrittener Sieger derjenige Parteiflügel hervorgegangen, der ein Einschwenken auf die Pekinger Linie propagiert. Ministerpräsident Sechu ist der Hauptexponent dieser Richtung. Er war es, der im November vorigen Jahres in die chinesische Hauptstadt reiste, um mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Tsou Tech, und dem albanischen Botschafter in Peking, Prifti, zu konferieren. Man war sich einig in der Auffassung, dass die kommunistische Taktik in Anbetracht der Gefahr des "westlichen Imperialismus" nicht auf eine Entspannung in der Welt hinauslaufen könne.

27. September 1960

Diese Zusammenkunft in Peking wurde erst kürzlich von der chinesischen Nachrichtenagentur bestätigt. Dadurch gewannen auch Darlegungen an Bedeutung, die Ministerpräsident Sechu im offiziellen chinesischen Parteiorgan am 29. November 1959 veröffentlichte.

Dass Albanien ein wichtiger Stützpunkt für die Sowjetunion bedeutet, bewies der zwei Wochen dauernde Besuch Chruschtschows in Tirana im Mai 1959. Die Sowjets verfügen über einen U-Boot-Stützpunkt in Durazzo sowie über bedeutende strategische Anlagen auf der Adriainsel Sason. Dazu ist Albanien der einzige Satellit, der Moskau einen Zugang zum Mittelmeer ermöglicht. Seine besondere geographische Lage führte dazu, dass seit 1945 eine der härtesten stalinistischen Regierungen das albanische Staatsruder in ihren Händen hält. Auch die sowjetisch-jugoslawische Aussöhnung 1955 konnte daran nichts ändern. Die Isolierung Albanien von den übrigen moskauhörigen Ostblockstaaten durch das seinen "eigenen Weg zum Sozialismus" gehende und damit trennende Jugoslawien erlaubte allmählich dem mächtigsten Mann dieses kleinen Gebirgslandes, dem Generalsekretär der KP, Enver Chotza, weiterhin, das Feuer der Spannungen zu schüren, besonders gegen Griechenland und Jugoslawien. Nicht einmal im Zeichen des "lächelnden Krenls" vor der Pariser Gipfelkonferenz liess sich die albanische Presse dazu verleiten, auf pianissimo umzuschalten.

Albanien ist auf dem besten Wege, sich auf seiner Marschroute Bundesgenossen zu sichern, die ihrer bislang einer Don-Quixotiade ähnelnden Politik den notwendigen Rückhalt geben können. Nur aus dieser Sicht der Dinge kann die Annäherung Albanien an Peking verstanden werden. Bezeichnend war, dass der albanische KP-Generalsekretär Chotza - obwohl er ein, eladen war - nicht an dem Gipfeltreffen der kommunistischen Parteiführer teilnahm, das vor kurzem in Bukarest stattfand. Die "New York Times" wusste am Vorabend des Beginns der UN-Vollversammlung zu berichten, dass Ministerpräsident Chruschtschow in Anbetracht dieser pro-chinesischen Linie Albanien versuchen wird, ein Treffen zwischen Marschall Tito und dem albanischen Regierungschef Sechu zustandezubringen, die beide in New York sind. Auf jeden Fall glauben diplomatische Beobachter zu wissen, dass nunmehr vor den Augen der Öffentlichkeit die Staaten des Balkans als Objekt in die sowjetisch-chinesischen Differenzen hineingezogen werden.

Wenn es ernst würde...

kn. - In Schleswig-Holstein wurde in der letzten Woche nicht gerade sehr sparsam mit den atomaren Sprengkörpern umgegangen. Bei den bisher grössten Manövern der NATO in Europa wurden bis zum Übungsschluß am Sonnabend in dem kleinen Bundesland im Norden sechs Atombomben abgeworfen und vier "Honest John"-Raketen mit Atomsprenghköpfen abgefeuert. Erst wenn die anschliessende Stabsrahmenübung der hohen Generalstäbler beendet sein wird, werden wir vielleicht erfahren, welche Realität im Ernstfall hinter dieser Übung steckt.

Die Manöver "Hold fast" der 50 000 Dänen, Deutschen, Engländer, Kanadier und Belgier mit rund 12 000 Militärfahrzeugen wurden vier Tage lang in aller Härte durchgezogen. Die aus dem Zonengrenzraum nach Norden angreifende "Orange-Partei" - bei früheren Manövern sagte man "Rote Partei" - der vierten britischen Division mit einer kanadischen Brigade und einer belgischen Einheit hat im Raum Bad Segeberg Atomraketen in die Eingreifreserven des Gegners gefeuert. Der "Blaue Verteidiger", bestehend aus der sechsten deutschen und der dritten dänischen Division, liess sich das nicht gefallen. Er schoss mit "Honest John"-Raketen zurück. Die Schiedsrichter-Offiziere trugen knallrote Kreise in die Generalkarten ein. Das atomverseuchte Gebiet musste daraufhin von den kämpfenden Verbänden gemieden werden.

Gleich am ersten Tag der Übung hatten die Orange-Kampfbomber über Kiel eine Atombombe abgeworfen. Für die Bevölkerung der Landeshauptstadt an der Förde hatte das den Vorteil, dass die Straßen weitgehend von den langen Kolonnen der Militärlaster, Jaeps, Panzer oder Geschütze frei blieben. Der Angreifer hatte aber die grosse Flotzenbasis der Blauen ausgeschaltet, die sich von dort an auf hoher See selbst versorgen mussten. Eine weitere Atombombe fiel auf Rendsburg mit den grossen Kanalbrücken und verhinderte den Gegenstoss der Blauen, die dann auch östlich davon bei Eckernförde in "schwere Abwehrkämpfe" gegen die abgesprungenen Luftlandetruppen und an Land gesetzten Panzer der Orange-Partei eintreten mussten.

Auch das Verkehrs- und Industriezentrum Neumünster wurde von den angriffslustigen Orange-Beuten mit einer Atombombe bedacht. Das geschah jedoch in erster Linie, um das Hauptquartier der 6. Panzergranadiere Division am Stadtrand auszuschalten. Jedenfalls holten die Schiedsrichteroffiziere den Befehlshaber der Division, den Generalmajor von der Groeben des nachts aus seinem Bett. Er war "tot" und durfte den Stahlhelm für die Dauer der Manöver nicht wieder aufsetzen, denn "getötete" Soldaten

haben im Manöver "stahlhelmlos" weiterzuleben.

Der Kommandeur der Blauen Partei, Konteradmiral Rogge, in dem neuen zweckmässigen olivgrauen Kampfanzug der Bundeswehr, der einem Schlosseranzug ähnelt, äusserte sich dann auch zu der Frage, warum die Blauen Einheiten nicht sofort mit einem atomaren Gegenschlag antworteten. Rogge sagte: "Der Hauptgrund ist, dass wir im Gebrauch von atomaren Waffen sehr zurückhaltend sind; ehe wir über Schwerpunkte des Gegners nicht ganz sicher sind, setzen wir sie nicht ein. Ausserdem müssen wir unsere Atomschläge nicht nur beim Übungsleitungsstab anmelden, sondern die Atomköpfe bekanntlich bei den Amerikanern anfordern und abholen, das kostet eine Menge Zeit."

Vielleicht sollte diese Feststellung des Admirals ein "Wirk mit dem Zaunpfahl" sein: "Gebt uns doch die Sprengköpfe in eigene Regie". Dass Militärs nicht nur im Manöver von der Überlegung ausgehen, Atombomben sind so zu verwenden, wie sie der eigenen Gruppe am besten nützen, ist bekannt. Ob im Abwurfgebiet die eigene Bevölkerung wohnt, deren Distrikte man räumen musste, ist wohl von untergeordneter Bedeutung. Jedenfalls ist in Schleswig-Holstein während der Manöver ein Gebiet mit atomaren Sprengkörpern belegt worden, in dem immerhin rund 500 000 Menschen wohnen. Aber all das geschah in der letzten Woche nur Übungsmässig, wenn auch die Generalstäbler von der Annahme ausgingen, dass die Blaue Partei genau jene Kräfte zur Verfügung hatte, die für sie auch im Ernstfall bereitstehen würden.

Zum ersten Mal wurde bei der NATO-Übung "Hold fast" eine voll aufgefüllte und kampfstärke Truppe in die Übung geschickt. Dabei hatten die Kommandeure in jeder Beziehung im Ablauf der weiträumigen Bewegungen freie Hand. So wurde dann recht drastisch, was eigentlich das triphibische Kampfgeschehen unserer Tage darstellen würde: Luftlandungen mit Geschützen, Jeeps und allem anderen Gerät möglichst dort, wo man sich an Seenketten leicht anklammern kann. Landungen des nachts und im Morgengrauen mit Panzern und schwerem Gerät an versteckter Buchten. Das Bilden von Brückenköpfen und Verbinden mit den Luftlandetruppen. Weiter im Hinterland die ineinander verzahnten Kampfhandlungen mit gleitenden Fronten, Umklammerungen und Kesseln. Dazwischen Kommandotruppen, die Brücken, Straßen, Schienen und Hochspannungsleitungen sprengen und Agenten, die mit gefälschten Anordnungen Unruhe stiften. Das alles wurde in Schleswig-Holstein zum ersten Mal seitens der NATO real und hart durch-exerziert.

Junge SPD-Bürgermeister im Grenzland

Von Johann Waldmann

"Es ist nicht richtig, wenn heute gesagt wird, unsere junge Generation leistet nur wenig", erklärte kürzlich der SPD-Bundesvorsitzende Erich Ollenhauer bei seiner Besichtigungsfahrt durch das nordostbayerische Grenzland in Rathaus der Festspielstadt Fünfsiedel. "Ich möchte das Gegenteil behaupten: unsere jungen Männer leisten sogar sehr viel". Der beste Beweis für diese Worte sind eben diese jungen Männer selber. Gerade in diesem abgelegenen Zipfel der Bundesrepublik befinden sich einige von ihnen in wichtigen Stellungen der Kommunalpolitik, haben sich teilweise bis zum Bürgermeister oder Oberbürgermeister ihrer Gemeinden und Städte emporgearbeitet. Mit ihnen unterhalten wir uns.

Vom Porzellanmaler zum Stadtoberhaupt

Nur wenige Kilometer von der deutsch-tschechischen Grenze entfernt, liegt die durch ihre Porzellanfabriken bekannte Stadt Selb. Seit 1956 ist hier der jetzt 33jährige Christian Höfer Oberbürgermeister. Große kommunalpolitische Erfolge konnte Höfer in den vier Jahren seiner Tätigkeit schon verbuchen. Vom Porzellanmaler zum Stadtoberhaupt könnte man die Karriere dieses energischen Mannes überschreiben. Ihm ging es wie so vielen anderen seiner Generation: auf Volksschule und Lehrzeit folgten Kriegsdienst und Gefangenschaft. Als er in seine Heimatstadt Selb zurückkehrte, setzte er sich noch im Jahre 1945 intensiv für den Wiederaufbau ein. Ein Jahr später wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Im Kreise der Jungsozialisten hielt er Vorträge und wurde in ihren Vorstand gewählt. Bereits 1948 kam er in den Stadtrat und 1956 gelang ihm der große Wurf: für viele überraschend, wählte ihn die Selber Bevölkerung zum ehrenamtlichen Oberbürgermeister. Nun begann eine Epoche kommunalpolitischer Erfolge in der Porzellanstadt. Zunächst widmete sich Höfer dem Wohnraumbau, denn gerade die Wohnungsnot nahm hier - bedingt durch die vielen Heimatvertriebenen - bedenkliche Formen an. Im Süden und Norden von Selb entstanden zwei große Wohnsiedlungen, in zwei freifinanzierten Programmen wurden je 100 Wohnungen errichtet, ein Altersheim, ein Erweiterungsgebäude für das Krankenhaus und ein Feuerwehrgerätshaus wurden geschaffen. Die Guttung für diese Aufbauarbeit kam bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1960. War das Verhältnis zwischen den Parteien im Stadtparlament mit acht SPD- und acht CSU-Stadträte noch ausgeglichen gewesen, so erreichten die Sozialdemokraten zwölf Sitze gegenüber sechs der Christlich Sozialen. Damit hatte die SPD überhaupt zum ersten Male in der Geschichte von Selb die absolute Mehrheit erreicht.

OB Höfer ist dauernd auf Achse. Er kennt kein Privatleben. Das Wohl und Wehe seiner Gemeinde liegt ihm zu sehr am Herzen. Und wenn in Selb wieder etwas gebaut wurde, wenn diese Stadt wieder einen unerwarteten staatlichen Zuschuß erhält, dann fragt man sich in den Rathäusern vieler anderer Städte Oberfrankens. In Kulmbach, in Naila und in Kronach: "Wie machen die das bloß in Selb..."

"Noch nie wurde soviel geleistet"

34 Jahre alt ist Ewald Drechsel, Bürgermeister der Stadt Arzberg. Als er im Jahre 1956 zum Bürgermeistergewählt wurde, stellte er sich

zusammen mit seinen sozialdemokratischen Parteifreunden ein kommunalpolitisches Programm für mehrere Perioden auf, speziell den Wohnungs- und Straßenbau betreffend. In den vier Jahren von 1956 bis 1960 wurden tatsächlich große Leistungen in der kleinen Grenzstadt vollbracht. Der Tankwart, den wir beim Auffüllen unserer Benzinreserve befragen, bestätigt uns das: "Noch nie wurde in einer so kurzen Zeit in Arzberg so viel geleistet, wie unter der SPD-Regierung des Bürgermeisters Drechsel". Die Lage in Arzberg war nicht einfach. Zu den 4000 Einwohnern waren im Jahre 1945 noch einmal 4000 Heimatvertriebene gekommen, die Wohnraum brauchten. Daneben wurden nun aber auch Erweiterungsbauten für das Krankenhaus und Schulen notwendig. Die Wasserversorgung mußte verbessert und vergrößert werden und eine Kläranlage fehlte. All diese Punkte hatte Drechsel in seinem Programm berücksichtigt, und mit ungeheurem Elan machte er sich an die Arbeit. Wenn auch heute die Schulraumnot noch Kopfschmerzen bereitet, wenn auch der Bau eines Schwimmbades und die endgültige Lösung des Schulproblems noch in der Ferne liegen, so wurden doch sehr viele Ziele erreicht.

Schon bald war Ewald Drechsel zur Sozialdemokratischen Partei gekommen. Als der gelernte Kaufmann 1946 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte, schloß er sich wenige Monate später der SPD an. Kurz darauf berief ihn die Partei als Leiter der Geschäftsstelle nach Wunsiedel. 1954 wurde Drechsel, der sich nebenbei gern mit Büchern und Musik beschäftigt, in den Landtag gewählt, 1946 erfolgte seine Wahl zum Bürgermeister und 1958 wurde er in diesem Amt durch die Stimmen der Bevölkerung bestätigt. Drechsel hat viele Sorgen. "Wir bemühen uns hier, die Industrie, - Porzellan- und Textilfabriken - zu vergrößern, um die Arbeiter hierzubehalten. Die Abwanderung aus dem Grenzland ist eben doch sehr groß", meinte er. Und so ganz privat? "Ich gehe gern Sonntags auf den Fußballplatz, aber leider läßt das meine wenige Zeit nur ganz selten zu", erklärt er mit einem bedauernden Schulterzucken.

Von 1300 Stimmen 1200 gewonnen

Einen Bürgermeister, dessen Hobby die Arbeit für seine Gemeinde ist, treffen wir in dem bekannten Fichtelgebirgskurort Bischofsgrün: den 35jährigen Volksschullehrer Werner Küsspert. Seit 1920 - mit Ausnahme der NS-Zeit - hat Bischofsgrün eine sozialdemokratische Regierung. Als Küsspert im Jahre 1957 die Nachfolge des verstorbenen Bürgermeisters Griesshammer antrat, erhielt er bereits 70 Prozent der Stimmen. Noch besser sah es bei den Kommunalwahlen im Frühjahr aus, als Küsspert von 1300 Stimmen 1200 auf sich vereinigen konnte und damit die beste Bestätigung für die Richtigkeit seiner Arbeit erhielt.

Im Jahre 1948 kehrte Küsspert aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück, besuchte von da an die Lehrerbildungsanstalt in Bayreuth und begann seine Arbeit als Lehrer ein Jahr später an der Volksschule in Bischofsgrün. 1950 wurde er Mitglied der SPD und 1952 in den Gemeinderat gewählt. Der junge Bürgermeister hat schon einige schöne Erfolge, aber auch große Pläne für die Zukunft. So sprechen die Bischofsgrüner schmunzelnd von dem Kabinettstückchen ihres Gemeindecoburghauptes, als er im vergangenen Jahr mit Hilfe des Bayreuther MdB Herbert Hauffe den Behörden die finanziellen Mittel für ein Schwimmbad ablistete, das bereits seiner Bestimmung übergeben worden war. Mit Hilfe der Amerikaner wurde ein Sportplatz gebaut, die Straßenverhältnisse sind verbessert

worden und auch im Wohnungsbau tat sich allerlei. "Meine Arbeit als Lehrer und als Bürgermeister läßt für Hobbies keine Zeit", sagt er uns lächelnd. "Aber abgesehen davon, mein liebstes Hobby ist es, für meine Gemeinde tätig zu sein".

Ein ausgesprochener Schreibtischarbeiter

Wenn die Bayreuther Sonntags auf den Fußballplatz gehen, dann sehen sie dort meist einen schwarzen Mercedes parken und jedes Kind weiß dann, "aha, der OB ist schon da". Und tatsächlich, es vergeht kein Sonntag, wo Oberbürgermeister Hans Walter Wild nicht mit dem Bayreuther um die Siege ihrer Mannschaften bangt. So verwundert es nicht, daß die Sportförderung in Bayreuth, seitdem der damalige städtische Finanzreferent Wild im Jahre 1958 zum Oberbürgermeister gewählt wurde, groß geschrieben wird. Das ist jedoch nur eine seiner vielen Aufgaben. "Bis 1948 war Bayreuth eine reine Kulturstadt, die im Dornröschenschlaf dahindämmerte", erklärt er uns. Erst 1948 mit der Wahl des ersten SPD-Oberbürgermeisters Hans Rollwagen sei das anders geworden. Und heute? 7000 Wohnungen sind gebaut worden, 30 000 Mark gehen jährlich an Vereine, Bayreuths Schulen haben sämtlich als einzige in Bayern neue Möbel, vier Millionen Mark wurden für den Schulbau insgesamt ausgegeben. Es ist ein besonderes Anliegen des 40jährigen OB, daß sich in Bayreuth neben der Kultur auch die Industrie entwickeln kann. Damit verbunden ist natürlich auch wieder der Wohnungsbau, eine der Hauptaufgaben, einmal um Abwanderung zu verhindern, zum anderen, um die zahlreichen Pendler, aber auch die Heimatvertriebenen unterzubringen. Eine besondere Verpflichtung hat Bayreuth natürlich gegenüber dem Wagner-Festspielen. Auch dies sei ein Grund, so erklärt Wild, die Industrie zu fördern, um so die notwendige wirtschaftliche Grundlage zu schaffen.

Erst im Jahre 1953 war Wild, nachdem er 1948 aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, und nach dem Studium des juristischen Staatsexamen abgelegt hatte, nach Bayreuth gekommen. Ein besonderes Verdienst Wilds besteht darin, daß er, obwohl die SPD im Stadtrat keine absolute Mehrheit errungen hatte, mit CSU und BHE eine Koalition bildete, die sich sehr fruchtbar auswirkte.

OB Wild selbst leitet das größte Referat in der Stadtverwaltung: das Finanz- und Kulturreferat, die Abteilungen Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau. "Ich bin ein ausgesprochener Schreibtischarbeiter, trotzdem habe ich dadurch, daß ich täglich in der Stadt unterwegs bin, enge Verbindung mit der Bevölkerung". Und die Verwaltungsangestellten flüstern oft unter sich, daß der OB doch mehr über die Nöte und Sorgen seiner Bayreuther weiß, als sie alle zusammen.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler